



Ausschussdrucksache 20(9)420

(2. Dezember 2024)

**IG Metall Küste
20097 Hamburg**

Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Zukunft der maritimen Wirtschaft sichern

BT-Drucksache 20/7582

am 4. Dezember 2024



Schriftliche Stellungnahme der IG Metall

zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 4. Dezember 2024 zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU

„Zukunft der maritimen Industrie sichern“ (Drucksache 20/7582)

Das Wichtigste in Kürze

- Maritime Industrie mit Werften und Zulieferern sowie Offshore-Windindustrie ist von strategischer Bedeutung für Energieversorgung, Handel und Sicherheit.
- Kurzfristige Entscheidungen für Schiffbau-Aufträge der Bundesregierung nötig, um Auslastung und Standorte zu sichern
- Aktive Rolle der Bundesregierung weiterhin gefordert: Nach „Rettung“ der Meyer-Werft mit Standorten in Papenburg und Rostock durch Bund und Land Niedersachsen erwarten wir jetzt Entscheidungen für die Zukunft des Marineschiffbaus, für die auch eine Staatsbeteiligung nötig wird.

Zur Beschreibung der Lage der maritimen Wirtschaft:

Die IG Metall blickt angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage mit Sorge auf die maritime Wirtschaft. Wir begrüßen daher, dass sich der Wirtschaftsausschuss mit der Zukunft der maritimen Wirtschaft befasst. Aus Sicht der IG Metall sollten im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU insbesondere folgende Aspekte und Maßnahmen Beachtung finden:

Strategische Bedeutung: Die maritime Industrie mit ihren Werften und Zulieferern ist von strategischer Bedeutung für Energieversorgung, Handel und Sicherheit in Deutschland. Wir brauchen weiterhin die Kenntnisse und Fertigkeiten im Land und dürfen nicht in eine weitere Abhängigkeit zum Beispiel von China geraten. Dies muss sich in der Vergabepaxis von staatlichen Aufträgen widerspiegeln. Der Marineschiffbau ist entsprechend als Schlüsseltechnologie definiert, was nationale Vergaben möglich macht. Dieser Weg muss konsequent und auch für Behördenschiffe allgemein genutzt werden.

Substanz stärken: Auch wenn die Beschäftigung auf den Werften in Norddeutschland in diesem Jahr zum zweiten Mal in Folge ein leichtes Wachstum verzeichnet, bleibt das Niveau niedrig und der Schiffbau in seiner Substanz gefährdet. Nach der aktuellen [Schiffbauumfrage](#) der IG Metall Küste ist die Zahl der Stammbeschäftigten auf den norddeutschen Werften 2024 um 5,3 Prozent auf 15.824 gestiegen (2023: 15.028 Beschäftigte).



Fachkräfte gewinnen: Die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe wird zukünftig stark davon abhängen, ausreichend Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Der Fachkräftemangel hat sich in der gesamten Branche verschärft und schränkt teilweise bereits die Produktion ein. 78,3 Prozent der Betriebe haben laut [Schiffbauumfrage](#) der IG Metall Probleme, offene Stellen zu besetzen. Die Unternehmen müssen auch selbst mehr tun: Die Ausbildungsquote hat mit 5,2 Prozent (2023: 5,7 Prozent) einen neuen Tiefpunkt erreicht. Um ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern, müssen die Unternehmen gegensteuern und wieder mehr ausbilden. Gemeinsam mit der Branche müssen Maßnahmen entwickelt werden, die freigebliebenen Ausbildungsplätze zu besetzen. Kritisch sehen wir den zu hohen Anstieg von Leiharbeit und Werkverträgen. Nur mit einer guten, eigenen Belegschaft, mit Tarifverträgen und Mitbestimmung lässt sich die Zukunft der Unternehmen und der Branche sichern.

Auslastung sichern: Die Lage auf den Werften ist sehr unterschiedlich. Während einige Betriebe auf absehbare Zeit voll ausgelastet sind und die Beschäftigung weiter ansteigen soll, stehen andere Werften vor einer unsicheren Zukunft und einem möglichen Personalabbau. Aktuell sind die Kapazitäten der Werften nach unserer [Befragung](#) im Durchschnitt zu 85,9 Prozent ausgelastet. Die Hälfte der Werften ist zu 100 Prozent ausgelastet. Zwei Werften (Flensburger Schiffbau-Gesellschaft und Nobiskrug) sind dagegen so gut wie gar nicht ausgelastet (0 bzw. 10 Prozent Auslastung). Die Fraktionen im Bundestag sind aufgerufen, auch nach dem Scheitern der Ampel-Koalition kurzfristig über die anstehenden Aufträge für die Marine und Behördenschiffe z.B. Bundespolizei-boote und Polarstern II zu entscheiden und dadurch Auslastung auf den Werften zu sichern. Künftig sollte die Anwendung von Tarifverträgen ein entscheidendes Kriterium für die Vergabe von staatlichen Aufträgen sein. Durch ein wirksames Tariftreuegesetz ließe sich der Unterbietungswettbewerb insbesondere bei kleineren Behördenschiffen und Reparaturaufträgen für Marineschiffe stoppen.

Aktive Rolle der Bundesregierung: Bei der kurzfristig notwendigen „Rettung“ der Meyer Werft haben die Bundesregierung und das Land Niedersachsen gezeigt, dass sie handlungsfähig sind. Durch den beschlossenen Einstieg von Bund und Land werden nicht nur die Standorte Papenburg und Rostock gerettet, sondern wichtige Teile des Schiffbaus in ganz Deutschland. Die Bundesregierung und die niedersächsische Landesregierung geben der Werft und seinen Beschäftigten eine Chance für einen Neuanfang, die nun genutzt werden muss. Mit dieser vorbildlichen Industriepolitik über Parteigrenzen hinweg werden Werftkapazitäten und tausende Arbeitsplätze in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern gesichert.

Zukunftskonzept für Marineschiffbau: Nach dem geplatzten Teilverkauf von thyssenkrupp Marine Systems (tkMS) an den Finanzinvestor Carlyle braucht es weiter eine tragfähige Lösung für die Zukunft des Marineschiffbaus. Auch bei jedem anderen Investor



gilt bei thyssenkrupp das Best-and-Fair-Owner-Prinzip, das IG Metall und Betriebsräten bei einem Verkauf weitreichende Mitbestimmung sichert. Wir brauchen ein Zukunftskonzept, das alle Standorte und Arbeitsplätze sichert. Mit der Begleitkommission aus Vertretern aller Standorte ist die IG Metall gut aufgestellt und wird den weiteren Prozess genau verfolgen und entsprechende Vereinbarungen aushandeln. Die IG Metall und der Betriebsrat sind weiterhin davon überzeugt, dass es den Staat als Ankerinvestor braucht. Die Bundesregierung muss sich weiter einbringen und - egal in welcher Konstellation - mit einer staatlichen Beteiligung die Schlüsselindustrie Marineschiffbau sichern.

Arbeitsbedingungen Offshore-Wind-Service: Die IG Metall fordert für die Offshore-Windindustrie eine Verbesserung der Arbeitssicherheitsstandards und ein verbindliches Rettungskonzept. Dazu hat die Gewerkschaft zusammen mit Betriebsräten und im Dialog mit Vertretern der Branche ein [Positionspapier](#) erarbeitet. Die zentralen Vorschläge des vorgelegten Konzepts sind:

- Bei der Wartung müssen mindestens drei Personen auf der Anlage/Plattform sein, um im Falle von Arbeitsunfällen und Rettungsaktivitäten angemessen reagieren zu können.
- Die Kommunikationsinfrastruktur muss ausgebaut werden, etwa durch funktionierendes Internet und Transponder für die Beschäftigten im Windpark
- Für die Rettungsteams sollten verbindliche Standards definiert werden. Dazu gehört die Stärkung der zentralisierten Leitstelle für Nord- und Ostsee mit Helikoptern und einem ausgebildeten Höhenrettungsteam. Ein Notarzt sollte binnen 50 Minuten bei einem Verletzten sein - bei Tag und bei Nacht!

Die IG Metall drängt auf eine Entscheidung zum Rettungskonzept 2030 für den Offshore-Service: Es muss jetzt, ein entsprechendes Rettungsschiff oder eine -plattform beauftragt werden, damit eine Rettung auch bei den ab 2030 gebauten und weit draußen liegenden Windparks gewährleistet werden kann. Dafür braucht es Klarheit über die Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern sowie den Betreibern.

Innovationen / neue Produktfelder: Die grüne Schifffahrt sieht die IG Metall als Chance. Bis zum Jahr 2050 sollen laut International Maritime Organization (IMO) die CO₂-Emissionen der Schifffahrt um mindestens 50% gesenkt werden. Bislang entstammen ungefähr drei Prozent aller CO₂-Emissionen von Schiffen. Wenn man bedenkt, dass Schiffe ca. 30 Jahre im Einsatz sind, dann müssen schon heute die umweltfreundlichsten und schadstoffärmsten Technologien verbaut werden. Emissionsvermeidung, Ballastwas-



serbehandlung und nachhaltige Lösungen sind dringend notwendig, um zum Klimaschutz beizutragen. Beim effizienten Design von Schiffen, modernen Antriebs- und Steuerungssystemen, intelligenten Navigationslösungen und diversen Technologien zur Reduzierung von Emissionen und anderen Schadstoffen nehmen die deutschen Unternehmen weltweit eine Spitzenstellung ein. Die bereits existierende Flotte muss umgebaut und die kommenden Neubauten angemessen konzipiert werden. Als neues Geschäftsfeld für Werften und Zulieferer rückt der Bau von Konverterplattformen für die Anbindung der Offshore-Windparks in den Fokus. Mehrere Standorte sind für den Bau dieser Großanlagen hervorragend geeignet. Auch hier braucht es jetzt möglichst bald Aufträge, die für langfristige Auslastung in den Unternehmen sorgen.

Finanzierung: Für den Schiffbau bleibt die staatliche Absicherung der Finanzierung entscheidend. Da die Banken das alleinige Risiko für den Bau von komplexen und teilweise über 1 Mrd. Euro teuren Schiffen scheuen, sind Bund und Länder weiterhin gefordert, ausreichende und flexible Bürgschaftsprogramme bereit zu stellen. Auch der staatlichen Bank KfW kommt eine wichtige Rolle zu. Positiv sieht die IG Metall die Einigung auf ein Bund-Länder-Programm zur Absicherung des Baus von Konverterplattformen, das ein wichtiger Schritt zum (Wieder-)Einstieg in dieses für die Umsetzung der Energiewende wichtigen Geschäftsfeldes ist. Darüber hinaus ist aus Sicht der Gewerkschaft wichtig, dass Förderprogramme etwa für innovativen Schiffbau verstetigt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Hamburg, 2.12.24